

deutig wie im vorjährigen Geschäftsbericht setzt sich allerdings die Leitung der WZB. nicht wieder für die völlige Wiederherstellung der Goldwährung ein. Ob darin nur eine vorsichtige Zurückhaltung oder die Überzeugung zum Ausdruck kommt, daß die alte Goldwährung änderungsbedürftig sei, bleibt offen. Im Hinblick auf die Zukunft heißt es: »Die Kosten und Preise in den einzelnen Ländern müssen den Erfordernissen des gemeinsamen Währungssystems angepaßt, und ein Gleichgewicht muß erreicht werden, bei dem die Spannungen und der Druck der Über- oder Unterbewertung der Währungen auf ein Mindestmaß verringert werden.« Was daraus wird, kann Deutschland in Ruhe abwarten. Mit Recht betonte dieser Tage der Westdeutsche Beobachter, daß wir in Deutschland unter Beweis gestellt hätten, daß die schöpferischen Kräfte einer national geführten Wirtschaft vollkommen unabhängig von der Macht des Goldes sind. Wir hätten die Fesseln des überlebten Systems der Goldwährung abgestreift zum Nutzen der gesamten Wirtschaft. Die Entwicklung in Frankreich könne dazu führen, daß in währungspolitischer Hinsicht ein neuer Geschichtsabschnitt beginne. Nach dem Verblaffen des Goldschimmers werde es in Zukunft aber mehr darum gehen, eine zeitbegrenzte Stabilisierung der Währungen untereinander unter Berücksichtigung der jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse zu erreichen.

Für die Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage zur Zeit insgesamt liefert eben das 2. Aprilheft von »Wirtschaft und Statistik« zusammenfassende Übersichten mit den neuesten Zahlen. Die Belebung der Wirtschaft hat nach dem Statistischen Reichsamt in diesem Frühjahr etwas stärker eingesetzt als im Vorjahr. Das stürmische Tempo des Auftriebs 1933/34, das stellenweise bis 1935 anhielt, habe jedoch einer im ganzen ruhigeren Entwicklung Platz gemacht. Nach wie vor entstammten die Hauptanregungen der öffentlichen Initiative oder seien durch sie bedingt. Besondere Erwähnung verdiene die immer stärkere Auflockerung des Kapitalmarktes. Nach der umfangreichen Entschuldung der Vorjahre trete die Schuldentilgung jetzt an Bedeutung zurück. Die Überschüsse der Unternehmungen drängten infolgedessen nach geldmäßiger Anlage. Das deutsche Volkseinkommen dürfte 1935 etwa 56 bis 57 Milliarden betragen haben und damit um 25% über dem Tiefpunkt der vergangenen Wirtschaftskrise liegen. Auf Preiseinflüsse entfalle davon nur rund ein Viertel; die übrigen drei Viertel stellten einen Zuwachs an Realeinkommen dar. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftsbelebung habe sich die Lage der öffentlichen Haushalte weiter gebessert; vor allem gelte dies für die Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Verbrauch nehme in geringerem Maße zu als im Vorjahr. Gemessen am Arbeitseinkommen sei die prozentuale Ausweitung der Einzelhandelsumsätze nur halb so groß gewesen wie die des Einkommens. Charakteristisch sei das Zurückbleiben des Verbrauchs an Gütern des elastischen hinter denen des starren Bedarfs. Das trifft vorläufig auch noch das Buch. Nach der Berechnung des Amtes hat sich das Lohn- und Gehaltseinkommen wieder um fast drei Milliarden RM. oder rund 10% auf 32,2 Milliarden erhöht; die Jahressumme sei damit um 6,5 Milliarden höher als 1932 gewesen. Das Einkommen der Arbeiter und Angestellten habe sich zwar 1935 nicht mehr im gleichen Grad erhöht wie im Vorjahr, aber es habe verhältnismäßig doppelt so stark zugenommen wie die Zahl der Beschäftigten. Hierin komme die Tatsache zum Ausdruck, daß auch besserbezahlte Arbeiter und Angestellte in wachsendem Umfang beschäftigt werden konnten. Auch war die verhältnismäßige Zunahme des Einkommens bei den Angestellten fast ebenso stark wie bei den Arbeitern, während im Vorjahr der Steigerungsgrad des Arbeitereinkommens von dem Angestellteneinkommen kaum zur Hälfte erreicht worden war. Von dem gesamten Arbeitseinkommen entfielen 1935 auf Arbeiter 55%, auf Angestellte 28% und auf die Beamten 17%, d. h. die Verhältnisanteile waren wieder ungefähr so wie vor Beginn der großen Wirtschaftskrise. Das Nominaleinkommen 1935 lag nach der Berechnung noch um 25% unter der Summe von 1929. Rechne man jedoch mit Hilfe des Lebenshaltungsindex die Nominalzahlen in Realeinkommen um, so ergebe sich, daß mehr als zwei Drittel des Krisenverlustes wie-

der eingeholt worden sind und die Kaufkraft des gesamten Arbeitseinkommens nur noch um 7% hinter der von 1929 zurückblieb.

Die Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage spiegelt sich auch im Steueraufkommen des Reiches. Das Rechnungsjahr 1935 (vom 1. April 1935 bis 31. März 1936) hat dem Reich eine Mehreinnahme an Steuern und Zöllen gegenüber dem Vorjahre von 1445 Mill. RM. gebracht. Die Steigerung ist um fast 100 Mill. RM. größer als im Rechnungsjahr 1934 im Vergleich mit 1933, wenn auch — infolge der natürlichen Auswirkung des höheren Anfangsstandes — verhältnismäßig mit 17,6 gegen 19,9% nicht ganz so stark. Diese Ziffern zeigen eindeutig das Aufgehen des »Rechenexempels« unserer staatlichen Konjunkturpolitik. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild (in Mill. RM.), das wir einer Zusammenstellung des Berliner Tageblattes entnehmen:

	1932	1933	1934	1935
Einkommensteuer . . . . .	1332,6	1293,2	1720,1	2497,3
Körperschaftsteuer . . . . .	105,8	209,9	319,5	592,7
Umsatzsteuer . . . . .	1354,4	1516,2	1872,5	2020,3
Insgesamt . . . . .	2792,8	3019,3	3912,1	5110,3
Zölle . . . . .	1106,0	1065,1	1148,6	1249,6
Verbrauchssteuern . . . . .	1518,2	1718,7	2099,4	2224,6
Gesamtaufkommen . . . . .	6647,0	6846,6	8205,1	9650,3

Auf dem Kameradschaftsabend der in Eisenach zu einer Tagung versammelten Steuerbeamten hat allerdings Staatssekretär Reinhardt, obwohl er zugab, daß das Mehraufkommen alle Erwartungen übertrifft, doch erklärt, es sei noch nicht groß genug, um die Mehrausgaben, die sich im Zuge der Neugestaltung der Dinge ergeben, restlos zu decken. In dem Bericht der Deutschen Allgemeinen Zeitung darüber heißt es weiter: »Eine gesunde Finanzpolitik gebietet einerseits, die notwendigen Finanzierungen zu sichern und andererseits der Zunahme der öffentlichen Verschuldung entgegenzuwirken. Dieser Grundsatz bedingt zweierlei: erstens, daß die Reichsfinanzverwaltung alles nur Denkbare aufbietet, um die Beträge, die dem Reich auf Grund der bestehenden Steuergesetze zustehen, restlos zu erfassen und den pünktlichen und restlosen Eingang dieser Beträge zu sichern, zweitens, daß versucht wird, im Rahmen des erzielten Steueraufkommens durch entsprechende Gestaltung der gesamten Ausgabenwirtschaft immer größere Mittel zur Erfüllung der ganz großen nationalen Aufgaben frei zu machen. Es gibt mancherlei Ausgaben, die zwar erwünscht, aber nicht im Kampfe um die Sicherung des Lebensrechtes der Nation unbedingt notwendig sind. Jede solche Ausgabe muß unterbleiben, solange nicht die Bestreitung der unbedingt notwendigen Ausgaben im Rahmen einer verantwortungsvollen Finanzpolitik restlos gesichert ist.« Als vordringliche Aufgaben waren vorher schon genannt worden der Wohnungsbau, die Reichsstraßen, der Arbeitsdienst und der Aufbau der deutschen Wehrmacht. Es ist dringend erforderlich, so fuhr Staatssekretär Reinhardt dann fort, daß im Rechnungsjahr 1936 eine weitere Steigerung des Steueraufkommens erzielt wird. Wir müssen ein Mehr gegenüber 1935 von mindestens einer Milliarde Reichsmark erzielen, und zwar 500 Millionen in Auswirkung der weiteren Belebung der Wirtschaft und 500 Millionen in Auswirkung organisatorischer und verwaltungsmäßiger Maßnahmen der Reichsfinanzverwaltung. Das Ergebnis für den ersten Monat des neuen Rechnungsjahres, für April 1936, liegt bereits vor. Das Aufkommen ist in diesem ersten Monat des neuen Rechnungsjahres um 88 Millionen Reichsmark größer gewesen als im April des Vorjahres. Über alle Erwartungen gut sind im April die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer gewesen. Das Aufkommen an Einkommensteuer ist im April 1936 um 25,5 Millionen RM. größer gewesen als im April des Vorjahres. Das Aufkommen an Umsatzsteuer stieg gegenüber April 1935 um 27 Millionen RM. Ich bin überzeugt, schloß der Staatssekretär, daß wir ein noch wesentlich größeres Mehr als die Milliarde Reichsmark im Jahre 1936 gegenüber 1935 erzielen werden, wenn alle Mann, jeder auf seinem Posten, unentwegt nichts als ihre Pflicht und immer nur ihre Pflicht tun.